

und niedrigen Honorare. Wird die Versorgung hier ausgebaut, kostet das zusätzlich Geld.

Pflegefinanzierung offen

Noch größer ist die Hürde allerdings in der Pflege. Wie berichtet, will die Regierung hier bis Jahresende eine Lösung präsentieren, wie die wachsende Zahl alter und hochbetagter Menschen künftig versorgt werden soll. Zur Diskussion stehen in der Finanzierung eine private Pflegeversicherung oder eine staatliche Finanzierung. Denkbar ist aber auch eine Finanzierung im Sozialversicherungsbe-
reich – das würde sich für die Regierung nicht im Budget niederschlagen. Das Thema Pflege bilde neben der Digitalisierung und der Steuerentlastung einen

weiteren wesentlichen Arbeitsschwerpunkt der Bundesregierung im Jahr 2019, bekräftigte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Ziel der Regierung sei es, eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen und die Pflegenden zu unterstützen. Er wolle an dieses Thema nicht ideologisch herangehen, weshalb man sich bewusst entschieden habe, einen ordentlichen Dialog mit *allen* Stakeholdern zu führen und Modelle in anderen Staaten genau zu analysieren. Notwendig sei auch eine bessere Organisation der Pflege und ein bedarfsorientiertes Angebot. Das Steuergeld müsste bestmöglich eingesetzt und die Qualität sichergestellt werden. Derzeit beziehen rund 450.000 Menschen Pflegegeld, rund 940.000 Angehörige arbeiten in deren Betreuung.

„Staat hat genügend Geld“

Die SPÖ spricht sich für eine Finanzierung der Pflegeleistungen aus öffentlichen Budgetmitteln aus, eine Pflegeversicherung lehnt sie dezidiert ab. Die Einführung einer Pflegeversicherung nach einem Sozialversicherungsmodell würde eine zusätzliche Belastung von rund 1.400 € pro Jahr für jeden Versicherten bedeuten, rechnete SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner bei einer Parlamentsdebatte vor. Der Staat habe genügend

„
Für heuer erwarten
die Krankenkassen
nach derzeitigem
Stand ein Minus
von 85 Mio. Euro.

Alexander Biach
Hauptverband
der SV-Träger



Einnahmen der Sozialversicherung 2018

Versicherungen, Ausgaben	Mrd. €
Beiträge von Versicherten	50,9
Ausfallhaftung des Bundes (Steuern)	6,3
Sonstige Einnahmen	4,5

Sozialausgaben zum BIP 2018

Versicherungen, Ausgaben	in Prozent
Krankenversicherung	5
Pensionsversicherung	11,50
Unfallversicherung	0,50
Sonstige Sozialausgaben*	12,40

Sozialausgaben: 104 Mrd. € = 29,4% des BIP

Kassen: Salzburg gewinnt, Beamte im Minus

Rang	Krankenversicherungen	Bilanzsaldo 2018	Bilanzsaldo 2017
1	GKK Salzburg	+41,8	+15,5
2	GKK Steiermark	+34,9	0
3	SVA der Bauern (SVB)	+11,7	+27,5
4	GKK Tirol	+5,7	0
5	GKK Kärnten	+5,2	0
6	GKK Burgenland	+3,4	0
7	GKK Oberösterreich	+0,3	+18,0
8	GKK Niederösterreich	0	0
8	GKK Vorarlberg	0	0
10	VA Eisenbahn/Bergbau	-0,8	+1,2
11	SVA der Gewerblichen Wirtschaft (SVA)	-10,8	+15,2
12	GKK Wien	-12,9	+57,0
13	VA Öffentlicher Dienst	-28,9	-26,0

Zahlen in Mio. €.; Quelle: Hauptverband der SV-Träger

Geld, um die Pflege zu finanzieren, der Sozialstaat sei dieser Herausforderung mit Sicherheit gewachsen.

Immer mehr alte Menschen

„Unsere Lebenserwartung steigt – wir werden statistisch gesehen alle zwei Jahre um drei Monate älter, und der Fortschritt in der Medizin trägt dazu entscheidend bei“, betont Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres. Diese Entwicklung stelle die Gesellschaft bereits jetzt vor große Herausforderungen bei der Betreuung der älteren Mitbürger und werde es in Zukunft noch verstärkt tun. Allein in Österreich werde die Zahl der pflegebedürftigen Personen im Jahr 2030 bei ungefähr einer Mio. Menschen liegen. Szekeres: „Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der kom-

menden Jahre werden sich aus diesen Gründen um die Themen Pflege und Betreuung im Alter, Altern in Würde sowie um den Umgang mit chronischen Alterserkrankungen wie Demenz drehen.“ Schon jetzt sind 30% aller Pflegefälle dement oder haben demenzielle Symptome. „Neben den diesbezüglichen ethischen, sozialpolitischen und versorgungstechnischen Aspekten ist die Frage der Finanzierung des zunehmenden Aufwands in allen Bereichen der Pflege eine essenzielle Frage, der sich vor allem die Politik stellen muss“, sagt Szekeres. Schon jetzt werden in Österreich jährlich mehr als 4 Mrd. € für pflegebedürftige Menschen ausgegeben – nicht einberechnet sind dabei jedoch die Aufwendungen für jene Österreicher, die von Angehörigen privat gepflegt werden.